

[Bilder einblenden](#)

NETZEITUNG.DE

URL dieses Artikels: <http://www.netzeitung.de/deutschland/308142.html>

Gewerkschaft der Polizei warnt vor militanter NPD-Parteispitze

06. Okt 15:25

Die Gewerkschaft der Polizei hält die Absicht der NPD, sich radikaleren Kräften zu öffnen, für «sehr beunruhigend». Im Gespräch mit der Netzeitung forderte Gewerkschaftschef Freiberg gesetzgeberische Maßnahmen.

Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, warnt vor Bestrebungen der NPD, ihre Parteispitze auch für militante Neonazis zu öffnen. Hier entwickle sich «was völlig Neues», sagte er im Gespräch mit der Netzeitung. «Unsere Befürchtung besteht darin, dass sich jemand mit einem gewissen Charisma an die Spitze setzen könnte. Das wäre dann wirklich eine Bedrohung für unsere Demokratie.»

Freiberg unterstützt deshalb die Forderung von Union-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach, die Versammlungsfreiheit für Neonazis an bestimmten Orten einzuschränken. «Ich halte es für richtig, hier das Demonstrationsrecht zu ändern und Versammlungen an ausgewählten Orten zu verbieten», sagte er. Es sei kaum zu ertragen, dass Neonazis beispielsweise am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin marschieren.

Freiberg machte in diesem Zusammenhang den Gerichten schwere Vorwürfe. Die Polizei versuche zwar vor Verwaltungsgerichten immer wieder Auflagen oder Verbote durchzusetzen, doch handelten die Gerichte oftmals ganz anders, sagte er. «Für uns ist diese Situation unbefriedigend, weil in der Öffentlichkeit dann Kritik an der Polizei geübt wird, nach dem Motto, 'die Polizei erlaubt den Rechten zu demonstrieren und unternimmt nichts dagegen'». Deshalb sei man «mit der heutigen Rechtsprechung in dieser Frage nicht zufrieden». Als Konsequenz daraus forderte Freiberg, dass die «Gerichte die Hinweise der Polizei auf Straftaten oder Volksverhetzung entsprechend gewichten».

Freiberg sprach sich überdies dafür aus, sich mit Rechtsradikalen «intellektuell auseinandersetzen». «Einfach nur abwenden und das zu verurteilen, was sie tun, reicht

nicht aus.» Er forderte die etablierten Parteien auf, sich mit den Menschen dort auseinanderzusetzen, wo die NPD verankert sei. Er warnte davor, Ausstiegsprogrammen die Finanzierung zu kürzen. «Wir brauchen auch die 'rechte Sozialarbeit', die sich um Rechte, Nazis oder Gefährdete kümmert, so weit das möglich ist, um dann auch einen Ausstieg zu ermöglichen», sagte der Gewerkschafter der Netzeitung.

Eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen politischen Mandatsträgern in den Medien, wie das bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen der Fall war, lehnt Freiberg ab. «Ich hätte körperliche Schmerzen, mich mit solchen Leuten an einen Tisch zu setzen», sagte er. Rechtsextreme Mandatsträger in Fernsehdiskussionen könne er sich nicht vorstellen. «Es ist einfach zu schwierig, sie einerseits nicht aufzuwerten, sich aber trotzdem mit ihnen auseinanderzusetzen.»

Für das Web ediert von [Dietmar Neuerer](#)

MEHR IN DER NETZEITUNG

Bosbach fordert Verschärfung des Versammlungsrechts für Neonazis

<http://www.netzeitung.de/deutschland/308017.html>

NPD will Rechtsradikale vereinen

<http://www.netzeitung.de/deutschland/307946.html>

Krawalle bei NPD-Aufmarsch in Leipzig

<http://www.netzeitung.de/deutschland/307493.html>

Alle Rechte © 2004 NZ Netzeitung GmbH